

PETER GAUWEILER

# „Die Parteibasis einbeziehen“

Der CSU-Politiker befürwortet das SPD-Mitgliedervotum.

**C**SU-Politiker Peter Gauweiler kämpft für die Rechte des Parlaments. So hat der streitbare Jurist etwa gegen den europäischen Fiskalpakt Verfassungsbeschwerde eingereicht, weil er einen Verlust von Souveränitätsrechten des Bundestags befürchtete. Durch das SPD-Mitgliedervotum sieht Gauweiler, Bundestagsabgeordneter und seit Ende November CSU-Vize, die Rechte des Parlaments dagegen nicht beeinträchtigt.

**Sind die SPD-Mitglieder legitimiert, über die Regierungsbildung in Deutschland abzustimmen?**

Der Vorwurf, die SPD-Parteimitglieder seien nicht legitimiert, über eine Regierungsbildung zu befinden, geht ins Leere. Wir hatten in der Bundesrepublik auch die Situation, dass sich letztlich der 20-köpfige FDP-Bundesvorstand festgelegt hat, ob es eine schwarz-gelbe oder eine rot-gelbe Koalition gibt. Da waren Zweifel an der Legitimation mindestens genauso angebracht.

**Ein Koalitionsvertrag bestimmt das Regierungshandeln für eine Legislaturperiode. Warum sollten die Mitglieder einer Partei die Macht haben, darüber zu entscheiden? Koalitionsverträge sind nichts weiter als Verträge zwischen Parteien, in denen Absichtserklärungen abgegeben werden. Von ihrem Charakter her stellen sie damit nicht mehr als Empfehlungen an die Abgeordneten dar. Denn die haben am Ende darüber zu entscheiden, ob die Vorhaben aus einem Koalitionsvertrag auch umgesetzt werden. Geht der Vertrag nicht zu sehr ins Detail, als dass man ihn zum Gegenstand einer Abstimmung der Parteibasis machen sollte?**

Der erste Koalitionsvertrag, der in der Bundesrepublik geschlossen wurde, umfasste neun Seiten. Es war der Koalitionsvertrag der schwarz-gelben Bundesregierung von 1961 unter Kanzler Konrad Adenauer. Dieser Vertrag war leicht zu erfassen und zu bewerten. Der

Koalitionsvertrag, über den wir nun reden, ist über 180 Seiten dick. Umso wichtiger ist es, ein so umfassendes Vertragswerk ausführlich zu beraten.

**Ist das SPD-Mitgliedervotum ein Vorbild für andere Parteien?**

Das muss jede Partei für sich entscheiden. Wir haben das Mitgliedervotum auch in der Satzung. Jedenfalls ist es mir jenseits aller verfassungsrechtlichen Erwägungen lieber, wenn die Parteibasis einbezogen wird und schließlich eine ganze Partei Farbe bekennt. Das gibt der Parteispitze bei all ihren Entscheidungen eine solide Legitimation. Es hat keinen Sinn, einen Koalitionsvertrag zu schließen, wenn der eine Koalitionspartner befürchten muss, dass ihm die äußere und innere Unterstützung der Mehrheit seiner Parteimitglieder fehlt,

Die Fragen stellte **Klaus Stratmann**.